

# NORD|SÜD *news*

Foto: © Bayer AG



Arbeitskonflikt mit Hilfe der OECD-Leitsätze beigelegt

## Bayer Philippinen: Neuerdings Vertrauen

In einer Tochterfirma des Chemiekonzerns Bayer auf den Philippinen haben Unternehmensleitung und Gewerkschaften fast zehn Jahre lang gestritten. Beigelegt wurde ihr Konflikt jetzt durch die nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in Berlin. Sie ist das Instrument der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Durchsetzung des freiwilligen Verhaltenskodex. Dort hatte der DGB vor vier Jahren eine Beschwerde gegen die Bayer AG eingelegt.

Dabei ging es zunächst um die Anerkennung der „Gewerkschaft der Arbeiter bei Bayer Philippines“ EUBP. Bis 1997 hatte sie Arbeitnehmerinteressen bei Bayer erfolgreich vertreten und war auch

beim Arbeitsministerium registriert. Dann hatte das Management ihre Mitglieder plötzlich eingeschüchtert, die EUBP als kommunistisch unterwandert diffamiert und eine andere Gewerkschaft anerkannt. Der Vorsitzende der EUBP, Juanito Facundo, wurde zuerst versetzt und dann, zusammen mit fünf anderen Kollegen, gekündigt – angeblich betriebsbedingt. Doch er durfte damals von einem Tag auf den anderen nicht mal mehr das Firmengelände betreten. Seine Stelle wurde gleich wieder ausgeschrieben.

Als sich die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze der Sache annahm, hatte die EUBP ihre Anerkennung bereits vor einheimischen Gerichten durchgesetzt. Doch gestritten wurde noch um die



### Inhalt

#### Titel

- | Bayer Philippinen:  
Neuerdings Vertrauen ..... S.1
- | Toyota bleibt stur; OECD Leitsätze ..... S.2

#### Kommentiert

- | Übler Umgang ..... S.2

#### Vorgestellt

- | Gabriela Bonilla; Ulf Christiansen ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Weltweite Streiks ..... S.4
- | Krieg um Zellulose ..... S.5
- | Erfolgreiche Standards; BMW  
soll Arbeiter wieder einstellen ..... S.6

#### Aus den Projekten

- | Betriebsräte finden Brasilianer vorbildlich;  
Uruguay – Die Kunst der Verhandlung ..... S.7

#### Notiert

- | Protest an El Salvador;  
Kolumbianer geehrt; Soziale Sicherung;  
Russische Gewerkschaften ..... S.8
- | Terminhinweise, Impressum ..... S.8



Kommentiert

von der Firma eingezogenen Gewerkschaftsbeiträge: Bayer hatte sie fünf Jahre lang an die Konkurrenzgewerkschaft ausgezahlt. Da die das Geld inzwischen ausgegeben hat, will die EUBP es vom Unternehmen zurück. Inzwischen hat Bayer der Gewerkschaft ein finanzielles Angebot vorgelegt. Gegen Facundos gerichtlich verfügte Wiedereinstellung hat das Unternehmen noch 2006 Revision eingelegt. Doch auch dieser Streit ist nun beigelegt: Der ehemalige Gewerkschaftspräsident, inzwischen 58 Jahre alt, hat auf seine Stelle verzichtet und eine Abfindung akzeptiert. Er hoffe sehr, so kommentierte Facundo die Ende Juni veröffentlichte Erklärung zu dieser Einigung, „dass solche Probleme künftig vermieden und beide Parteien zusammen für das gemeinsame Wohl arbeiten werden“. Auf Vertrauen baut auch die Firmenzentrale – und auf ein neues Management vor Ort. „Wir haben die Regeln des Miteinanders neu definiert“, erklärte Roland Ellmann von der Bayer AG in Leverkusen. Die Nationale Kontaktstelle hat darüber kein Urteil gesprochen – das steht nicht in ihrer Macht. Sie hat die Konfliktparteien an einen Tisch gebracht und zu einer Einigung geführt. Damit werden nach zehn Jahren wieder vernünftige Beziehungen zwischen den Sozialpartnern bei Bayer Philippinen möglich.

Sigrid Thomsen



Link zur Erklärung der Nationalen Kontaktstelle:  
[www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/erklaerung-der-deutschen-nationalen-kontaktstelle-fuer-oecd-leitsaetze,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/erklaerung-der-deutschen-nationalen-kontaktstelle-fuer-oecd-leitsaetze,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf)

## Toyota bleibt stur

Die Gewerkschaft der Toyota-Arbeiter auf den Philippinen TMPCWA hat für den September 2007 zu globalen Solidaritätsaktionen aufgerufen. Bei dem japanischen Automobilhersteller schwelt seit Jahren ein Konflikt über Gewerkschaftsanerkennung und illegale Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern. Trotz anders lautender Entscheidungen philippinischer Gerichte und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weigert sich Toyota, mit der TMPCWA zu verhandeln. Statt dessen habe die Firma im Dezember 2006 eine gelbe Gewerkschaft anerkannt, berichtete der TMPCWA-Vorsitzende Ed Cubelo im Juni einem Ausschuss der ILO. Gemeinsam mit ihren Unterstützern in Japan, so Cubelo, haben sie den Fall vor die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze in Japan gebracht. Die habe allerdings bisher nicht reagiert. Der Internationale Metallarbeiterbund (IMF) hat 2006 eine Kampagne für 136 illegal entlassene Kollegen bei Toyota ins Leben gerufen.



Links: [www.imfmetal.org/main/index.cfm?id=47&cid=13914](http://www.imfmetal.org/main/index.cfm?id=47&cid=13914); [www.tmpcwa.org/index\\_html](http://www.tmpcwa.org/index_html)



Foto: privat

Claudia Meyer

# Übler Umgang

Mit der Beschwerde gegen Bayer Philippines wegen der Verletzung von Gewerkschaftsrechten hat der DGB erstmals einen Fall im Rahmen der OECD-Leitsätze vor die Nationale Kontaktstelle, die auf Regierungsseite zuständige Stelle in Deutschland, getragen. Er hat damit wesentlich zur Lösung der auf den Philippinen noch schwelenden Konflikte zwischen der rechtmäßigen Betriebsgewerkschaft und deren ehemaligen Präsidenten auf der einen Seite und der Geschäftsleitung auf der anderen Seite beigetragen.

Die Abschlusserklärung der Nationalen Kontaktstelle spricht Bände: Da wurde eine rechtmäßig als Tarifvertragspartner anerkannte Gewerkschaft von heute auf morgen missachtet, stattdessen eine gelbe Gewerkschaft anerkannt und Mitglieder der unliebsamen Gewerkschaft entlassen. Selbst nach sechs Jahren des Rechtsstreits, den die meisten Betroffenen längst aufgegeben hatten, war Bayer Philippines es nicht müde, noch 2006 Revision gegen das Urteil zugunsten des ehemaligen Gewerkschaftspräsidenten einzulegen.

Was sich auf den Philippinen über Jahre hinweg ereignet hat, ist Ausdruck übelsten Umgangs mit Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern. Hier wurde deutlich missachtet, was die OECD-Leitsätze im Kapitel über Arbeitsbeziehungen in multinationalen Unternehmen vorschreiben.

Aber können die OECD-Leitsätze überhaupt Vorschriften machen? Sie können. Denn sie stellen Empfehlungen der Regierungen aller OECD-Mitgliedstaaten an multinationale Unternehmen mit

Stammsitz in ihrem Hoheitsgebiet dar. Bei Verstößen sind die Regierungen in der Pflicht zu handeln. Genau das hat die Nationale Kontaktstelle hier getan. Für das Unternehmen bleiben die Leitsätze zwar leider nur freiwillig. Aber ein derart unrühmliches Verhalten, wie es hier in einer öffentlichen Erklärung dokumentiert wird, dürfte wohl kaum dem Ansehen eines Unternehmens entgegenkommen. Erst recht nicht, wenn es – wie die Bayer AG – sich als Mitglied des Global Compact der Vereinten Nationen rühmt.

Claudia Meyer



Die Autorin ist Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik im DGB Bundesvorstand



Link zu den Vorschlägen des DGB zur Stärkung der OECD-Leitsätze: [www.dgb.de/themen/csr/](http://www.dgb.de/themen/csr/)

## OECD Leitsätze

Die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind Empfehlungen der Regierungen an Unternehmen für ihr Verhalten im Ausland. Sie wurden in ihrer derzeitigen Fassung im Jahr 2000 von Regierungen, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertretern und einigen Nichtregierungsorganisationen der 30 Mitgliedsstaaten verabschiedet. Auch Brasilien, Argentinien und Chile haben sie unterzeichnet. Empfohlen werden darin unter anderem die Respektierung der Menschenrechte, Offenlegung von Informationen, konstruktives Verhandeln mit Arbeitnehmerorganisationen sowie Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Zur Durchsetzung der Leitsätze lassen sich die Regierungen der Unterzeichnerstaaten in die Verantwortung nehmen: wo sie verletzt werden, können sich Gewerkschaften an die Nationalen Kontaktstellen wenden, die die betroffenen Parteien dann bei einer Lösung unterstützen. In Deutschland ist diese Stelle beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt.



Weitere Informationen: Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen – Ein Leitfadens für Anwender der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, Hg. DGB Bildungswerk, Essen 2005 (Download: [www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de))



Vorgestellt

Gabriela Bonilla

## Erstmal Arbeit

Gabriela Bonilla spricht Kalifornisch. Mit rauer Stimme und ohne Akzent. Bevor sie zur Gewerkschaft kam, hat sie studiert und nebenher im Callcenter gejobbt. Sie nahm Sportwetten entgegen, sie kann sehr schön locken. „Die Anrufer wussten nicht, dass ich in Costa Rica sitze und nicht gleich nebenan“.

Call Center, das ist für viele in Costa Rica ein Traumjob. Dort kann, wer gut Englisch spricht, viermal so viel wie den Mindestlohn verdienen. Ohne ins Ausland zu müssen. „Viele haben über den guten Job das Studieren vergessen“, erzählt Gabriela, „die kommen davon nicht mehr los“.

Gabriela wollte mehr. Sie wollte einen Betriebsrat. Vier Jahre hat sie darum gekämpft. „Die Firma wollte, dass sie mit am Tisch sitzen“, sagt sie. Doch auch die Belegschaft zog nicht mit. Wenn es Probleme gab, ja. Wenn der Weihnachtsurlaub gestrichen werden sollte oder die Löhne nicht pünktlich kamen. Aber sonst? Dabei gab es lohnende Themen: Sozialversicherung, Kinder-

krippen. „Aber solange der Dollar rollt, ist für die meisten alles okay.“

Gabriela nimmt das den Leuten nicht übel. „Wer arbeitslos ist, will erstmal Arbeit“, sagt sie. Und arbeitslos sind in Costa Rica viele. „Die Gewerkschaften sind gefordert, den Leuten zu sagen, dass sie nicht nur das Recht auf einen Job haben, sondern auch auf gute Konditionen“. Aber sogar in den Maquilas – Produktionsstätten mit einem hohen Zaun drumherum, in denen internationale Firmen fertigen lassen, und wo Frauen manchmal 16 Stunden am Tag schufteten – sind die Leute noch froh, dass sie überhaupt Arbeit haben. „Wir können ihnen keinen Vorwurf machen“, erklärt Gabriela, die heute für die Interamerikanische Regionale Arbeitsorganisation ORIT in Mittelamerika arbeitet. „Wir müssen neue Wege suchen“.

Einer wäre vielleicht eine Form von globaler Sozialversicherung, die für alle gilt: Für jene, die ins Ausland gehen ebenso wie für die, die



Foto: © Kerstin Zillmer

Gabriela Bonilla

bleiben. Wo es keine Schlupflöcher gibt. Und wo der einzelne weiß: „Du sollst geschützt sein, wo auch immer du bist“.

Cornelia Gerlach

Ulf Christiansen

## Mit Bedacht

Ulf Christiansen hat die Ruhe weg. Bevor er ans Telefon geht, erklärt der ehemalige Kapitän erst mal die Internetseite des Schiffsmeldedienstes zu Ende. Dann erst nestelt er in aller Ruhe das schon etwas angestaubte Handy aus der Schutztasche und ruft zurück. Zwei von den 60 heute im Hamburger Hafen eingelaufenen Schiffen will der Inspektor der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) an diesem Tag besuchen.

„In unserer Datenbank stehen die Berichte von allen weltweit tätigen 130 ITF-Inspektoren über jeden Schiffsbesuch“, sagt Christiansen, der sein halbes Berufsleben selbst zur See fuhr. Bevor er die braune Ledertasche schultert und Richtung Hafen aufbricht, hat er so schon reichlich Informationen über die Schiffe „Tri Star“ und „Emerald“ zusammengetragen.

Das „Seafarers Bulletin“ hat der 52-Jährige auf Englisch, Russisch und Philippinisch im Kofferraum. Es ist seine Eintrittskarte an Bord. „Die ITF-Adressen in den Häfen, die darin aufgeführt sind, sind

für die Seeleute besonders wichtig“, sagt Christiansen. Der Besuch am Afrikaterminal auf der vom norwegischen Kapitän Ole Fladset gesteuerten Tri Star ist kurz, Routine. Er fährt mit russischer Besatzung. Ein kurzes Geplauder mit dem Kollegen von einst, ein Blick in die Küche der Köchin Jelena Martynink. „Vorbildlich“, befindet der ITF-Inspektor. „Alle Papiere sind in Ordnung, die Crew erhält ITF-Tariflohn“.

Auf der Emerald sieht das anders aus. Nach dem Gespräch mit dem philippinischen Kapitän Frederico Rubinos füllt Christiansen sorgsam ein Schreiben aus. Darin fordert er die Reederei Triton auf, mit der ITF in Tarifverhandlungen zu treten. Seine bedächtige Art ist es, mit der er Rubinos überzeugt, dies Schreiben gleich an die Reederei zu faxen. „Damit sind die Tarifverhandlungen offiziell eröffnet“, sagt Christiansen. Und genau das macht ihn zufrieden: wenn er den Seeleuten, die aufgrund der schnellen Abfertigung heute nur noch kurz in den norddeutschen Häfen Halt machen, helfen kann. Egal ob bei Problemen mit



Foto: © agenda/Michael Kortmeier

Ulf Christiansen

der Heuer, schlechter Versorgung an Bord oder in Auseinandersetzungen mit den Vorgesetzten.

Jörn Breiholz



# Weltweite Streiks



Foto: © Jörn Breiholz

Wirtschaftsmotor des Inselstaates: der Hafen von Singapur

**Seeleute haben lange und bittere Erfahrungen mit der Machtlosigkeit nationaler Gewerkschaften, wenn sie gegeneinander ausgespielt werden. Sie haben deshalb als erste die Zuständigkeit für Tarifverhandlungen an ihren weltweiten Gewerkschaftsverband abgegeben – die Internationale Transportarbeiterföderation ITF.**

Im Hafen von Singapur tätig, doch in der Welt zu Hause ist Mohamed Idris, ein Singapurischer indischer Abstammung. Er ist 20 Jahre zur See gefahren, „mit Leidenschaft für Lateinamerika“, wie er sagt, und kommt auch jetzt viel rum. Für die ITF reist er zu Kongressen nach Oslo, Moskau, Taipeh und klar: Hamburg und Bremen kennt er sowieso. Mohamed Idris lacht, während er seinen klimatisierten Dienstwagen Richtung Hafen steuert: „Seefahrer wollte ich wegen meiner Kinder nicht mehr sein, aber die Welt will ich immer noch sehen.“

Der 56-Jährige ist als ITF-Beschäftigter Teil eines globalen Netzwerkes. Die ITF ist der einzige, tatsächlich weltweit operierende Gewerkschaftsverband. 1896 gegründet, mit Sitz in London, zählt sie heute 4,5 Millionen Mitglieder in über 600 Gewerkschaften und 140 Ländern. Die ITF repräsentiert den Verkehrssektor, dürfte aber in der Schifffahrt am schlagkräftigsten sein. „Wenn uns beispielsweise das ITF-Büro in Osaka eine Meldung schickt, dass eine Besatzung mit Zielhafen Singapur Probleme mit der Heuer hat, dann kümmern wir uns darum.“ Das kann so weit gehen, dass Idris – vorausgesetzt die Besatzung entscheidet sich einstimmig dafür – mit einem Staatsanwalt an Bord geht und das Schiff festsetzt. „Es kommt

manchmal sogar vor, dass der Staatsanwalt ein Schiff versteigert, damit die Seeleute ihre Heuer ausgezahlt bekommen“, sagt Idris. Sein Kollege Ulf Christiansen hat in Hamburg 1999 für die polnisch-philippinische Besatzung der „Verona“ die gesamte ausstehende Heuer durch die Versteigerung des Küstenmotorschiffes erkämpft.



Foto: © Jörn Breiholz

Überall zu Hause: Mohamed Idris

Die ITF organisiert weltweit angelegte Streikaktionen, um Reeder zu zwingen, wenigstens den Tarif von 1550 US-Dollar pro Monat für einen einfachen Seemann zu zahlen. Das bekam ausgerechnet der Vorsitzende des Verbandes deut-

scher Reeder zu spüren: Bis vor zwei Jahren zahlte Frank Leonhardt auf keinem seiner mehr als 40 Schiffe ITF-Tarif. Mit weltweit koordinierten Streiks in Japan, Taiwan und Hamburg hat das die ITF inzwischen immerhin auf gut 20 seiner Schiffe durchgesetzt.



Foto: © agenda/Michael Kottmeier

Heuer erkämpft: Ulf Christiansen

In Zukunft wird die ITF noch schlagkräftiger sein. Regierungsvertreter, Gewerkschaften und Reederverbände aus mehr als hundert Ländern haben eine neue Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für die Seeschifffahrt erarbeitet. Ist diese Konvention von genügend Ländern ratifiziert, werden erstmals in einer Branche weltweit die gleichen Arbeitsstandards gelten – u.a. in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Arbeitszeit und Ausbildungskriterien. „Dann sind wir unserem Ziel einer menschenwürdigen Arbeit auf See ein erhebliches Stück näher gekommen“, sagt Ulf Christiansen, Idris' Kollege auf der anderen Seite des Globus (siehe auch Porträt Seite 3).

Jörn Breiholz



Wortlaut des Seearbeitsübereinkommens der ILO 2006:  
[www.ilo.org/ilolex/german/docs/convdisp1.htm](http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/convdisp1.htm)



# Krieg um Zellulose

**Eine 1,2 Milliarden-Investition des finnischen Multi „Botnia“ am Grenzfluss zwischen Uruguay und Argentinien hat die Gemüter auf beiden Seiten erhitzt. Während Uruguay die Arbeitsplätze will, fürchten Argentinier die Umweltverschmutzung. Gewerkschafter warnen vor der Abhängigkeit durch Plantagenwirtschaft.**

„Botnia raus!“ skandieren mehr als hunderttausend Demonstranten aus Argentinien. Sie marschieren zum Rio Uruguay, dem Grenzfluss zwischen den Nachbarländern, um ihn symbolisch „in die Arme zu nehmen“. Auf Uruguays Seite recken sich riesige Bauten und Schornsteine in die Höhe. Mehrere tausend Fach- und Hilfsarbeiter montieren dort eine gigantische Zellulose-Fabrik für den finnischen Multi „Botnia“.

Argentiniens Regierung hat der Zellulose-Produktion den Krieg angesagt. Sie beschuldigt Uruguay, den bilateralen Vertrag des Uruguay-Flusses, der Konsultationen vorsieht, verletzt zu haben, und verlangt die Verlegung der Fabrik. Argentinien klagt vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Der kleine Nachbar hält dagegen, dass die Mega-Investition, die jährlich eine Million Tonnen gebleichten Eukalyptus-Zellstoff produzieren wird, Fluss und Wasser nicht verschmutzen werde.

Die am argentinischen Ufer lebenden Einwohner der Stadt Gualeguaychu wollen das nicht gelten

lassen. Wenn der Zellulose-Gigant erst einmal zu produzieren beginne, würden üble Gerüche und Gifte wie Dioxin „unsere Touristen vertreiben“ und die Landwirtschaft verseuchen. „Ich möchte nicht, dass meine Kinder an Leukämie sterben“, bedeutet ein Demonstrant.

Uruguays Präsident Tabaré Vazquez hatte einst vor der Politik der Industrieländer gewarnt, die ihre Umwelt verschmutzenden Betriebe in den Süden verlegen, um die eigene Umwelt zu schonen. Das war vor seiner Wahl im Oktober 2004. Heute verteidigt er die größte Investition in der Geschichte des kleinen Landes – weil sie Arbeitsplätze schafft. Weitere Zellulose-Werke sind angekündigt. Der Bedarf an hölzernem Rohstoff wird wachsen.

Wer ins Landesinnere fährt, stößt in Uruguay immer wieder auf dunkle Mauern inmitten des Weidelandes: Eukalyptus-Plantagen. Vögel singen nicht mehr in den wie Zinnsoldaten ausgerichteten Bäumen, doch dazwischen liegen versteckt prekäre Hütten, aus Zweigen und Plastikplanen gefertigt. Über offenem Feuer wird das Essen zubereitet. Sanitäre Anlagen gibt es nicht. Auf diesen Plantagen sind die Arbeiter zu Hause. Ganze Familien hausen dort über Monate hinweg.

Die Eukalyptus-Geschichte begann 1987 mit dem Forstgesetz, gefördert von der Weltbank. Bis heute sind fast eine Million Hektar des Landesinneren

steuerbegünstigt mit Eukalyptus-Monokulturen überzogen – auch auf Böden, die für Vieh- und Landwirtschaft geeignet sind. Die Plantagenbäume wachsen schnell und verbrauchen kostbares Trinkwasser. Der Einsatz von Pestiziden droht das Grundwasser und den „Aquifer Guarani“, das drittgrößte unterirdische Wasserreservoir der Welt, zu verseuchen.



Foto: © Andreas Salomon-Pym

Kurzes Jobwunder: Botnia-Baustelle

Aber Job-Argumente erschlagen derzeit Umweltbedenken. Dabei steht fest: auf tausend Hektar Baumplantagen entfallen nur 4,4 Arbeitsplätze, nicht selten unter sklavenähnlichen Verhältnissen. In der traditionellen Land- und Viehwirtschaft sind es dagegen 5,8 Arbeitsplätze. Auch das Jobwunder „Botnia“ ist nur von kurzer Dauer. Auf dem Höhepunkt waren es 5000 Jobs, nach der Inbetriebnahme werden es nur 300 sein.

Uruguays Gewerkschaften sind skeptisch. Sie lehnen „Botnia“ zwar nicht ab, fordern aber die „undifferenzierte Aufforstung“ zu überdenken. Am vergangenen Tag der Arbeit warnte der Gewerkschaftsbund vor einer „Vertiefung der Abhängigkeit“ auf der Basis von Exporten, „die stark von Rohstoffen abhängen“. Während zwischen den Präsidenten beider Länder Funkstille herrscht, haben die Gewerkschaftszentralen, Uruguays PIT-CNT und Argentinien's CTA, einen Dialog begonnen. Sie haben sich „eine Umweltpolitik aus der Sicht der Arbeiter“ zum Ziel gesetzt und wollen die Produktionsweise, die die Multis „aufzudrängen versuchen“ zum Thema machen. Auch bei Soja, Mais und Zuckerrohr breiten sich Monokulturen aus.

Im Herbst will „Botnia“ den ersten Zellstoff nach Europa und China verschiffen. Gegenwehr aus Gualeguaychu ist angekündigt: „Wir werden den Betrieb von ‚Botnia‘ so lange stören, bis sie abhauen!“

Karl-Ludolf Hübener



Link zur Studie ‚Greenwash‘ des World Rainforest Movement von 2006: [www.wrm.org.uy/countries/Uruguay/text.pdf](http://www.wrm.org.uy/countries/Uruguay/text.pdf)



Foto: © Gerhard Dillger

Produktion verhindern: Demonstranten gegen Botnia



# Erfolgreiche Standards

**Aus Südafrika kommt das Vorbild für die Strategie, mit multinationalen Konzernen ‚Internationale Rahmenvereinbarungen‘ zur Anerkennung sozialer Standards zu erreichen. So könnte das Fazit einer Konferenz von 60 südafrikanischen und 20 deutschen Metallergewerkschaftern im Juni in Johannesburg lauten.**

Diskutiert wurde über die Wirkung des Verhaltenskodex, den die südafrikanische NUMSA und die IG Metall vor 20 Jahren erarbeitet hatten. Die „14 Mindeststandards für Arbeitsbedingungen und Arbeitskonflikte in den südafrikanischen Tochterunternehmen deutscher Unternehmen“ der IG Metall waren vom damaligen Vorsitzenden Franz Steinkühler initiiert. Unter dem Druck der internationalen Sanktionsdebatte gegen den Apartheidstaat wurden sie 1988 von führenden Unternehmen anerkannt. Im Kern ging es darum, dass Unternehmen bei Streiks der Polizei das Betreten ihres Geländes untersagen, Streikposten zulassen und Streikende nicht mehr feuern. Wichtig für die NUMSA war damals auch die formelle Anerkennung von Gewerkschaften.

Brian Smith, Personalvorstand bei VW Südafrika, der 1988 an den Verhandlungen beteiligt war, erinnerte an den Erfolg: Die Mindeststandards hätten ein Klima des Vertrauens in den Betrieben geschaffen, wie man es sich vor 1988 nie hätte vorstellen können und führten zu höherer Produktivität und weniger Streiktagen. Nach 1994



Foto: © Cordula Kropfle

Erfahrung mit Austausch auf Unternehmensebene: Kolleginnen bei VW South Africa

sind diese Standards in die Staatsverfassung und die Arbeitsgesetze eingeflossen. Südafrika brauche jetzt weitere Anstrengungen zur Überwindung von Rassismus und Investitionen in Humanressourcen, sagte NUMSA-Generalsekretär Silumko Nondwangu.

Nach Steinkühlers Auffassung waren die 14 Punkte „ein Mosaikstein, der einen Beitrag zur Überwindung der Apartheid geleistet hat“. Zum anderen aber sind sie, wie der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters hervorhob, als „Musterbeispiel an praktizierter Solidarität“ im Kampf für eine „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ von aktueller Bedeutung.

Peters beschrieb Solidarität als Zusammenspiel auf zwei Ebenen: „Das Fundament internationaler Zusammenarbeit ist die eigene gewerkschaftliche

Stärke vor Ort“. Deshalb sei Unterstützung beim Aufbau von Gewerkschaften wichtig. Hinzu kommen müssten aber Netzwerke und Austausch auf Unternehmensebene. Mit Südafrika gebe es das seit vielen Jahren: „Dass Kollegen aus deut-

schen und südafrikanischen Betrieben gemeinsam über gewerkschaftliche Strategien diskutieren, kann nicht hoch genug geschätzt werden“. Dabei geht es auch um praktische Solidarität, z. B. Hilfe aus der deutschen „Zentrale“ bei solchen Kleinigkeiten wie Internetzugang oder Telefonanschlüsse für gewerkschaftliche Vertrauensleute in Südafrika.

Wolf Gunter Brüggemann



IG Metall-Broschüre ‚Soziale Verantwortung konkret – Regeln für Multinationale Konzerne‘ von 2005:

[www.igmetall.de/themen/globalisierung/publikationen](http://www.igmetall.de/themen/globalisierung/publikationen)

## BMW soll Arbeiter wieder einstellen

Nach einem Schiedsspruch der Schlichtungsstelle in Südafrika muss der Autohersteller BMW 49 Arbeiter wieder einstellen, weil ihre Entlassung als „unfair und irrational“ bewertet wurde, wie die Pressestelle der südafrikanischen Metallgewerkschaft NUMSA im August mitteilt. Das Unternehmen hatte den Kollegen die Beteiligung an einem ungesetzlichen Streik im Oktober 2005 vorgeworfen und sie einer lang dauernden Disziplinierungsmaßnahme ausgesetzt. Nach dem Spruch des Schiedsgerichts habe das BMW Management jedoch nicht rational gehandelt, sondern unter den Gewerkschaftsmitgliedern Verwirrung gestiftet und dadurch unnötig die Produktion aufgehalten. Die Kollegen sollen rückwirkend wieder eingestellt werden und vom August 2007 an wieder arbeiten. Der Ankündigung von BMW, gegen den Schiedsspruch Revision einzulegen, begegnete die NUMSA mit einer Kampfansage: Sie warf der Firma Arroganz und Einschüchterungstaktiken vor und kündigte Protestdemonstrationen an.

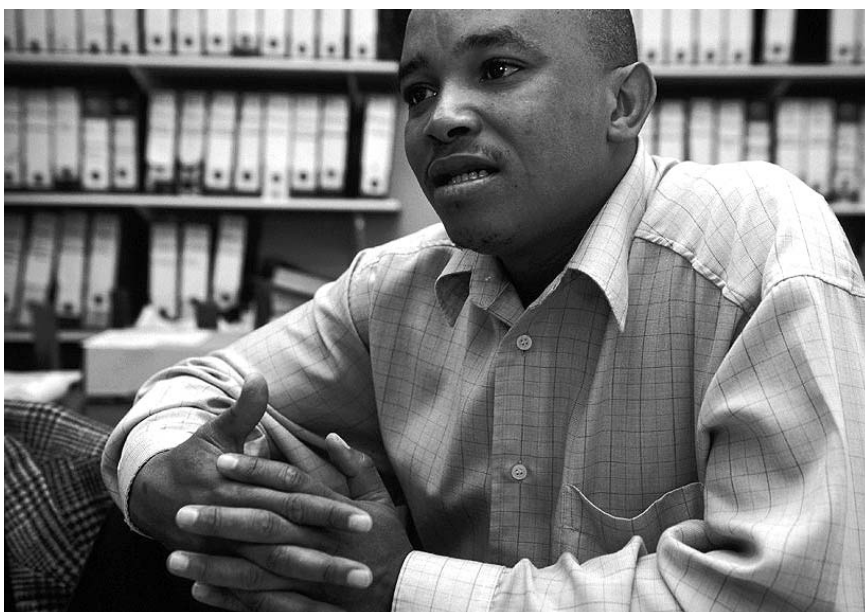


Foto: © Cordula Kropfle

Mehr Anstrengung zur Überwindung von Rassismus: NUMSA-Generalsekretär Silumko Nondwangu



# Betriebsräte finden Brasilianer vorbildlich

„Schon weil wir uns kümmern, fasst das Management Probleme anders an“: so beschreibt Hans Kirchgässner den Vorteil eines Unternehmensnetzwerks über die Kontinente für Arbeitnehmer. Der Betriebsratsvorsitzende des Konzerns ZF Friedrichshafen, einem Zulieferer in der Autoherstellung, hat jetzt direkte Kontakte nach Brasilien aufgenommen.

Im März besuchten zwölf Kollegen aus Friedrichshafen und vier anderen ZF-Werken mit Vertretern der IG Metall fünf Standorte des Konzerns in Brasilien; im Mai gab es bereits einen Gegenbesuch von acht Brasilianern in Deutschland. Zur Juni-sitzung konnte der Eurobetriebsrat schon zwei Gäste aus Brasilien begrüßen.

„Die Zulieferbetriebe in der Automobilindustrie werden zu Global Playern“, beschreibt Lothar Wentzel vom IG Metallvorstand in Frankfurt den Trend. Das stellt die Beschäftigten weltweit in unmittelbare Konkurrenz. Der Brasilienkenner hat auch schon in anderen Konzernen Unternehmensnetzwerke mit auf den Weg gebracht. Wentzel betont, wie wichtig das persönliche Kennenlernen für den Aufbau von Vertrauen ist. Er hat den ZF-Kollegen die betriebsbezogene Gewerkschaftsarbeit in Brasilien erläutert und sie zu Gesprächen mit Kollegen und Management an vier Standorten dort begleitet. Nächstes Ziel ist die Unterschrift unter ein Rahmenabkommen, das die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation anerkennt. Bisher wurden Brasilienreise und Seminare von



Milchbetrieb in Uruguay

Foto: © Manfred Brinkmann

## Schulungen über die Kunst der Verhandlung

Gut verhandeln zu lernen hat für Gewerkschafter in Uruguay einen neuen Reiz: nach 13 Jahren Pause hat die neue, links orientierte Regierung der ‚Frente Amplio‘ 2005 endlich wieder Lohnräte einberufen. Dort werden Löhne und Arbeitsbedingungen von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Nach 1990 waren sie während des neoliberalen Kurses der Regierung nicht mehr einberufen worden.

Seit es sie nun wieder gibt, beieilt sich der Gewerkschaftsbund PIT-CNT, seine rund 200 000 Mitglieder für die Kunst am Verhandlungstisch fit zu machen. Viele kommen aus den wenigen Industriezweigen des Landes, zum Beispiel der Lebensmittelverarbeitung und Textilherstellung. Unterstützt vom DGB Bildungswerk, hat das gewerkschaftliche ‚Instituto Cuesta Duarte‘ eine ganze Reihe von Kursen über Verhandlungsführung und Verhandlungstechniken ins Programm aufgenommen. Sie sollen den sozialen Dialog in Uruguay fördern.

In den ersten beiden Jahren des Projekts, 2005 und 2006, haben schon beinahe 500 Gewerkschafter daran teilgenommen. In Montevideo und drei weiteren Orten gab es acht dreitägige Grundkurse. Damit wurde auch im Hinterland die Bildungsarbeit gestärkt. Für besondere Branchen, zum Beispiel die Bau- und die Bekleidungsindustrie, wurden sechstägige Fortgeschrittenenkurse angeboten. Einige Gewerkschafter haben sich auch für die Öffentlichkeitsarbeit qualifiziert. Andere haben an Seminaren über die Wirtschaftsentwicklung der Region Mercosur teilgenommen, um eine gewerkschaftliche Politik zur regionalen Wirtschaftsintegration zu entwickeln. Ein Blick auf die Tarifverträge und Löhne aus den letzten zwei Jahren zeigt, dass sich die Arbeit der Lohnräte und der Erfolg der Schulungen bereits bemerkbar machen: Während in der letzten Verhandlungsrunde von 1990 nur 140 Tarifverträge neu abgeschlossen wurden, waren es 2005 schon 177 und im vergangenen Jahr 206. Die Reallöhne stiegen um drei Prozent, und der Mindestlohn hat sich verdreifacht. Auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften sind angestiegen.



Foto: © Lilo Rademacher

Vertrauen aufbauen: ZF-Kollegen beim gemeinsamen Seminar in Brasilien

„Früher haben uns die Leute vom Brasilien-Arbeitskreis in Friedrichshafen über Arbeitskämpfe dort informiert“, erinnert sich Kirchgässner. Heute aber stellt die Entwicklung der Industrie ganz andere Gemeinsamkeiten her. Das entfacht neuen Druck für internationale Solidarität: Getriebe, die im Gewerbepark Sorocaba produziert werden, unterscheiden sich kaum mehr von denen aus Friedrichshafen, die Arbeitsabläufe werden ähnlicher, Anpassung an lokale Märkte findet immer weniger statt. Der weltweite Fertigungsverbund mit 55 000 Beschäftigten bezieht auch China, Russland oder Frankreich ein. Die Betriebsführung in Brasilien ist autoritärer, haben die Deutschen vor Ort gelernt, doch wenn es um Arbeitszeit geht, argumentiert sie genau wie zu Hause.

der Friedrich Ebert Stiftung und der Rosa Luxemburg Stiftung bezahlt. Die Kosten für die Gegenbesuche in Deutschland hat das DGB Bildungswerk übernommen. Auf Dauer aber soll der Konzern zahlen, findet Hans Kirchgässner. Er sitzt auch dem Eurobetriebsrat vor und sähe die Kollegen aus Brasilien dort gern bei jeder Sitzung. Zumal sie viel von Betriebsräten halten und selbst welche aufbauen wollen.

Sigrid Thomsen



Informationen zum Aufbau von Unternehmensnetzwerken: [www.nordsuednetz.de/fileadmin/redaktion-nord-sued-netz/pdf/Globalisierung\\_sozialer\\_Verantwortung\\_CSR-IGBCE-2.pdf](http://www.nordsuednetz.de/fileadmin/redaktion-nord-sued-netz/pdf/Globalisierung_sozialer_Verantwortung_CSR-IGBCE-2.pdf)



Notiert

## Kolumbianer geehrt

Zwei in Kolumbien verfolgte Lehrer und Gewerkschafter, Samuel Morales und Raquel Castro, wurden vom Weltkongress der Bildungsinternationalen in Berlin im Juli mit dem Menschenrechtspreis ausgezeichnet. In Empfang nehmen konnten ihn beide nicht: Die Lehrerin Raquel Castro sitzt noch im Gefängnis; Samuel Morales durfte das Land nicht verlassen, weil er auf Bewährung entlassen wurde. In einer Resolution sprach der Kongress seine Empörung „über die Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis ... ohne faire Untersuchung und gebührenden Prozess ... mit der fadenscheinigen Anschuldigung der Rebellion“ aus.



Foto: © Manfred Brinkmann

Kongress der Bildungsinternationalen in Berlin

„Der Kongress begrüßt die Mitwirkung der Lehrgewerkschaften, FECODE, an der Entwicklung der kolumbianischen Bürgergesellschaft trotz versuchter Unterdrückung durch die Regierung und ihre Verbündeten“, heißt es in der Resolution. Er sei entsetzt, dass Kolumbien für Gewerkschafter noch immer das gefährlichste Land der Welt sei. Von den 2006 ermordeten Gewerkschaftern seien mindestens 40 Lehrerinnen und Lehrer.

Weitere Informationen zur BI: [www.ei-ie.org/en/index.php](http://www.ei-ie.org/en/index.php)

## Soziale Sicherung

Soziale Sicherungssysteme stehen im Mittelpunkt des Social Watch Report 2007, dessen deutsche Ausgabe im Oktober in Bonn veröffentlicht wird.

Der Bericht wird von insgesamt 14 Nichtregierungsorganisationen herausgegeben und enthält immer einen internationalen, einen deutschen entwicklungspolitischen und einen sozialpolitischen Teil. Darin wird es unter anderem um die Rolle von Pensionsfonds bei der Sicherung der Altersversorgung sowie um die Auswirkungen der „Rente mit 67“ gehen; zu diesen Themen haben Wilfried Kurtzke vom IG Metallvorstand und Ingo Nürnberger vom DGB Bundesvorstand Beiträge verfasst. Weitere Artikel beschäftigen sich mit sozialen Direkttransfers in Entwicklungsländer, mit der Gender-Dimension von wohlfahrtsstaatlicher Politik sowie mit der Diskussion um ein Grundeinkommen. Zu den Herausgebern des Social Watch Bericht in Deutschland gehören der Evangelische Entwicklungsdienst, die IG Metall und das DGB Bildungswerk. Dort kann der Bericht ab November auch bestellt werden.

## Protestbriefe an El Salvador

Der internationale Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst, PSI, hat im Juli zwei Mal zu internationalen Briefaktionen an die Regierung in El Salvador aufgerufen. Am 13. Juli forderte PSI seine Mitglieder zum Protest gegen die brutale Repression auf, mit der El Salvadors Polizei kurz zuvor eine öffentliche Veranstaltung gegen die Privatisierung des Wassers gesprengt hatte. Gegen die Demonstranten, zu denen auch Gewerkschafter gehörten, setzte sie Schusswaffen und Tränengas ein; 16 Menschen wurden verhaftet und massiv bedroht, 50 verletzt.

Zwei Wochen später wurde der Finanzsekretär der Gewerkschaft im Elektrizitätssektor, die Mitglied im PSI ist, erschossen aufgefunden. PSI fordert von der Regierung El Salvadors eine umfassende Untersuchung dieses Falles und fordert sie auf, Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu respektieren. Entsprechende Protestbriefe können für beide Fälle von der Webseite der PSI abgeschickt werden.

Weitere Informationen: [www.world-psi.org](http://www.world-psi.org)

## Russische Gewerkschaften

Die Broschüre „Gewerkschaften in Russland heute – Verstehen aus der Geschichte“ wird vom DGB Bildungswerk im September 2007 veröffentlicht. Sie wurde gemeinsam mit der IG Metall und der IG BCE erarbeitet und beleuchtet vor allem die Lage in der Chemie- und Metallindustrie.

Beide Gewerkschaften unterstützen seit Jahren ihre Kolleginnen und Kollegen in Russland beim Aufbau demokratischer Gewerkschaften. Beispiele und Interviews in der Broschüre gehen vor allem auf die Entwicklung der Gewerkschaften in der Folge der gesellschaftlichen Umwälzungen in Russland nach 1990 ein. DGB Bildungswerk, IG Metall, IG BCE und die Friedrich Ebert Stiftung wollen mit dem Heft über die Nachbarländer und ihre arbeitenden Menschen informieren und damit einen Beitrag zur Verständigung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung leisten.



Bestellung der Broschüre: [www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

## Termine

**21.–26.10. 2007**

Interkulturelles Training – Kompaktkurs  
| DGB Tagungszentrum Hamburg Sasel

**28.–31.10. 2007**

Atatürks Erbe – die Türkei zwischen islamischer Tradition, Nationalismus und europäischer Perspektive  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**11.–16.11. 2007**

Interkulturelles Training – Aufbaukurs  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**18.–23.11. 2007**

China als aufsteigende Wirtschaftsmacht: Wachstumslokomotive für alle oder Konkurrent um Produktion und Arbeitsplätze?  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**Anmeldung und Informationen:**

[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

## Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Nina Berg  
Redaktion: Sigrud Thomsen  
Layout: Achim Konopatzki  
Druck: WAZ-Druck

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 02 11/4 30 13 20, Fax: 02 11/4 30 15 00  
e-mail: [nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
Internet: [www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

**Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11**



**DGB BILDUNGSWERK**